

Abschiebungsmoratorium JETZT!

Redebeitrag bei der Kundgebung „Keine Abschiebung nach irgendwo – erst recht nicht nach Afghanistan“, Di, 8.6.21, Tübingen, Wilhelm Keil Straße 48

Kontakt: Andreas Linder, info@menschen-rechte-tue.org

Es gilt das gesprochene Wort

Hallo zusammen,

wir versammeln uns hier und heute, weil wir nicht wollen, dass Menschen, die hier in Deutschland Zuflucht suchen, in Verfolgung, Terror, Krieg und humanitäres Elend abgeschoben werden. Doch unsere Bundesregierung und allen voran der Heimatminister Seehofer setzen ihre sinnlose und inhumane Abschiebungspolitik fort. Das schlimmste Beispiel für diese unsägliche Politik ist aus unserer Sicht immer noch Afghanistan. Anfang Mai wurde die Sammelabschiebung nach Afghanistan ausgesetzt, weil diese anscheinend für das polizeiliche Begleitpersonal wegen des gleichzeitig beginnenden Truppenabzugs zu gefährlich gewesen sei. Bereits einen Monat später wird aber bockstier weitergemacht.

Wir sind heute zusammengekommen, weil wir wollen, dass diese Art von Flüchtlingspolitik aufhört!

Wir schließen uns ausdrücklich den Forderungen der Flüchtlingsräte von und PRO ASYL und des bundesweiten Bündnisses gegen Abschiebungen nach Afghanistan an. Diese Forderungen trage ich jetzt auszugsweise vor:

1. **Die Bundesregierung und die Bundesländer müssen einen sofortigen und ausnahmslosen Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen.** *Aus der prekären und völlig ungewissen Sicherheitslage sowie angesichts der desaströsen wirtschaftlichen Situation, die sich ebenfalls mit dem Truppenabzug weiter verschärfen wird, muss ein bundesweites Abschiebeverbot nach Afghanistan folgen, welches es bei der nächsten Innenministerkonferenz zu beschließen gilt. Bereits jetzt können und müssen die Bundesländer auch in eigener Verantwortung die Abschiebungen ... ausnahmslos aussetzen. Geflüchtete sind nach der Abschiebung aus Deutschland häufig auch in Afghanistan stigmatisiert. Viele Gerichte, darunter auch der Verwaltungsgerichtshof in Baden-Württemberg, [haben festgestellt](#), dass ihnen eine Rückkehr ohne ein stabiles familiäres oder soziales Netzwerk in Afghanistan nicht zuzumuten ist.*

ANMERKUNG: Wir erwarten eine ganz klare Regelung von unserer von den Grünen geführten Landesregierung, dass Abschiebungen nach Afghanistan vollständig ausgesetzt werden.

2. **Das Auswärtige Amt muss die Lage [in Afghanistan] und Verfolgungssituation [von afghanischen Geflüchteten] umgehend neu bewerten,** da diese Lageberichte Grundlage für Asylentscheidungen des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind. Bisher werden Asylanträge abgelehnt mit der Begründung, es gebe innerhalb des Landes sichere Gebiete, sogenannte innerstaatliche Fluchtalternativen. Doch nach

dem Truppenabzug der NATO können auch Städte wie Kabul nicht länger als sicher gelten. Wie aus einem Spiegel-Artikel vom 29.04.2021 hervorgeht, schließen Außen- und Verteidigungsministerium selbst einen „Sturm auf Kabul“ durch aufständische Gruppen nicht mehr aus.

3. **Mit dem Truppenabzug muss allen afghanischen Ortskräften – Dolmetscher:innen, Fahrer:innen und sonstigen Mitarbeitenden der Bundeswehr, der Bundespolizei und anderer Organisationen – mit ihren Familienangehörigen schnell und unbürokratisch die Aufnahme im Bundesgebiet angeboten werden.** Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhalten. Diese Menschen jetzt zurückzulassen, wäre für sie und ihre Familien lebensgefährlich.
4. **Die Bundesregierung muss jetzt den Familiennachzug aus Afghanistan zu ihren in Deutschland lebenden Angehörigen mit allen Mitteln beschleunigen und unterstützen.** Hierzu muss ebenso wie für Ortskräfte ein schnelles, unbürokratisches Verfahren installiert werden. ...
5. **Das BAMF muss seine Widerrufspraxis ändern.** In jüngerer Zeit widerruft das BAMF in [zahlreichen Fällen](#), in welchen noch vor wenigen Jahren jungen unbegleiteten Minderjährigen die Flüchtlingseigenschaft wegen (drohender) Zwangsrekrutierung durch die Taliban zugesprochen worden war, kurz nach Erreichen der Volljährigkeit den Flüchtlingsstatus. Das darf nicht länger gängige Praxis sein. ...
6. **Ein gesichertes Bleiberecht muss es auch für jene Afghanen geben, die nur mit einer Duldung in Deutschland leben oder sich seit Jahren im Asylverfahren befinden.** Kein Afghane, keine Afghanin in Deutschland darf in der jetzigen Lage zurückgeschickt werden – egal, ob sie erst vor wenigen Monaten angekommen sind oder seit Jahren hier leben. Die Folgen einer Duldung sind nicht nur ein Leben in ständiger Angst, Perspektivlosigkeit und Armut, sondern auch geringere Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der Bildung und in der Entwicklung persönlicher Potenziale. Letztlich sind dies auch verpasste Chancen für die Gesellschaft, in der diese Menschen leben.

Zitat Ende. In Afghanistan ist seit 40 Jahren Krieg. Laut [Global Peace Index](#) wird Afghanistan in den letzten drei Jahren wieder als das gefährlichste und tödlichste Land der Welt geführt. Auch im „[Global Terrorism Index](#)“ ist Afghanistan das schlimmste Land. Seit den sogenannten Friedensgesprächen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung in Doha im vergangenen Herbst hat die Gewalt in Afghanistan nicht etwa nachgelassen, sondern wieder stark zugenommen. Die [UNAMA](#) berichtete zuletzt am 14. April 2021, dass die Zahl der in Afghanistan durch den Krieg verletzten oder getöteten Zivilist* seit Beginn dieser sogenannten „Friedensgespräche“, um rund 40 Prozent zugenommen hat. Experten befürchten aufgrund des US- und NATO-Truppenabzugs eine massive Verschärfung der Sicherheitslage und negative Folgen für Freiheits- und Frauenrechte. Seit der Ankündigung des Truppenabzugs durch US-Präsident Biden haben die Taliban ihre weitere Teilnahme an den Friedensgesprächen abgesagt und ihre militärischen

Angriffe überall im Land verstärkt, mit dem Ziel, weiteres Territorium unter ihre Kontrolle zu bringen, und mit Hunderten von Toten.

Etwa jede*r zehnte afghanische Staatsbürger*in ist ein Flüchtling, die meisten davon leben in prekären Verhältnissen im Iran und in Pakistan. Nach Europa schaffen es wegen der Abschottungspolitik nur noch wenige afghanische Geflüchtete. Die meisten bleiben in der Türkei oder wenn es gut läuft in auf den griechischen Inseln oder Bosnien in elenden Verhältnissen hängen. Und die Menschen, die aus Deutschland und der EU abgeschoben werden, können und wollen dort nicht bleiben. Laut einer aktuellen Studie hat von über 100 intensiv Befragten nur ein einziger der Abgeschobenen angegeben, dass er in Afghanistan bleiben wolle.

Krieg, Terror und Vertreibung haben in Afghanistan auch zu einer immer schlimmer werdenden humanitären Situation geführt. 10 Millionen der knapp 40 Mio. Afghan*innen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, jede dritte Person ist nicht ausreichend ernährt – Tendenz weiter steigend. Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung. Afghanistan ist das Land mit der höchsten Kindersterblichkeit der Welt. Hunderttausende Kinder sind mangelernährt. Und dies hat sich durch die Corona-Pandemie nochmal massiv verschärft. Hohe Infektionsraten, nicht vorhandene medizinische Behandlungsmöglichkeiten, fehlende Impfstoffe etc. Etwa 2 Mio. Afghan*innen haben wegen Corona ihre Jobs verloren. Im [Human Development Index](#) ist Afghanistan weiterhin auf dem fünft letzten Platz aller Länder dieser Welt gelistet.

Man könnte hier stundenlang Fakten aufzählen, wie katastrophal die Sicherheitslage in Afghanistan ist und wie katastrophal die humanitären Verhältnisse sind. Es gibt zahlreiche seriöse Studien, die dies alles umfassend und unmissverständlich veröffentlicht haben. Doch unsere Regierung, die die Menschenrechte gerne im Mund führt, verhält sich dazu wie die berühmten drei Affen. Herr Seehofer und seine Kumpanen haben nur ein einziges Problem, das da heißt „2015 darf sich nicht wiederholen“. An dieser Politik der geistigen Armut wird sich nur dann etwas ändern, wenn wir uns nicht einlullen lassen und weiter unseren Protest auf die Straße tragen.

Wir sagen nicht NEIN zum Abzug der Bundeswehr und der internationalen Kriegstruppen aus Afghanistan.

Aber wir sagen vor allem NEIN zu staatlichem Rassismus und Abschiebungswahnsinn!